

# ***Solidarität***

## ***unsere Chance***

---

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

---



**INDUSTRIELLEN  
VEREINIGUNG**

**Firma Kapital & Co**

Wir stellen vor:

Unsere Geschäftsführer und Filialleiter



im Parlament



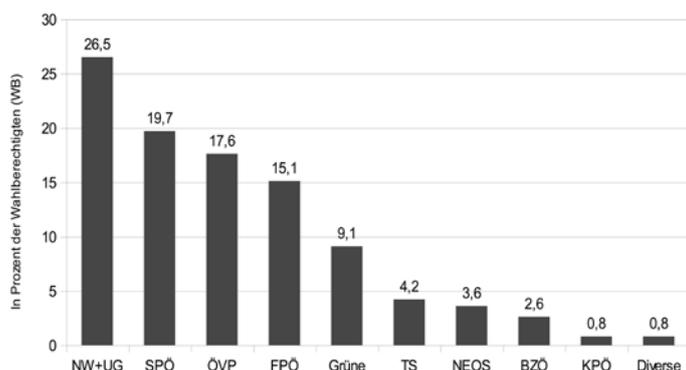
# **Politik für die arbeitenden Menschen statt Profitmacherei!**

# Zum Wahlausgang

**Die Menschen haben ihre Stimme abgegeben. Jetzt erheben die Kapitalisten und die Lobbys in ihren Parteien, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung ihre Stimme und schicken ihre Begehrllichkeiten an die Adresse einer künftigen Regierung, egal was die Menschen abgestimmt haben.**

Und wie haben die Menschen abgestimmt? Betrachtet man das Wahlergebnis aus der Sicht der Bevölkerung und nicht aus der Sicht der Parteien, der Wirtschaft und der Medien, ergibt sich folgendes Bild:

NATIONALRATSWAHL 2013



Von den 6.384.331 Millionen Wahlberechtigten gingen nur 4.692.907 Millionen ÖsterreicherInnen oder knapp 75% zur Wahl. Die Nicht- und Ungültigwähler (NW+UG) machen zusammen 1.691.454 aus und sind mit 26,5% die größte „Partei“, gefolgt von SPÖ mit 19,7%, ÖVP mit 17,6%, FPÖ mit 15,1%, Grüne mit 9,1%, Stronach mit 4,2% und Neos mit 3,6%.

Diese Abstimmung mit den Füßen, das sehen die Herrschenden gar nicht gerne, ist es doch der Ausdruck dafür, dass ein Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung den Eliten die Legitimation für ihre Politik nicht gibt. Genau aus diesem Grund wird ja auch in den letzten Jahren vor jeder Wahl vom Bundespräsidenten abwärts propagiert, dass man – egal wen man wählt – doch zur Wahl gehen solle. Warum? Damit die Legitimation aufrechterhalten wird nachher zu sagen: Das was jetzt auf euch herab kommt, das habt ihr doch selbst mit eurer Stimme gewählt und somit gewollt.

Auch die Menschen, die zur Wahl gingen, haben in ihrer überwältigenden Mehrheit jedenfalls nicht dem Neoliberalismus und der weiteren Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen die Stimme gegeben. Die SPÖ plakatierte, der Garant gegen Verschlechterungen bei Arbeit, Pensionen Einkommen zu sein. Auch Grüne und FPÖ getrauten sich nicht offen gegen die arbeitenden Menschen zu sein. FP-Strache schluckte Kreide und trat gar als der Oberbewahrer der sozialen Sicherheit in Form der „sozialen Heimatpartei“ auf. Die Grünen wiederum versprachen den Menschen Arbeitsplätze und Sicherheit durch eine grüne Wirtschaft. Die einzigen, die in ihrer Propanda voll und offen auf Unternehmerpolitik setzten und sich gegenseitig zu übertreffen suchten, waren ÖVP, BZÖ, Stronach und Haselsteiner-Neos: 12-Studentenag, Invaliditätspension streichen, Frauenpensionsalter sofort anheben, Eliteschulen usw. Die ÖVP verlor und sank auf 17,6%. Das BZÖ flog aus dem Parlament, wurde von Team Stronach und Haselsteiner-Neos aufgesogen. Stronach und Neos bestehen aus Ex-FPÖ, Ex-FPK, Ex-BZÖ,

Ex-ÖVP, Ex-LIF oder Wirtschaftskammerfunktionären und haben zusammen keine 8% der Wahlberechtigten. Dass Strache zulegen konnte ist nicht sein Verdienst, sondern v.a. Folge der Politik der SPÖ. Die SPÖ gibt zwar vor, die Interessen der arbeitenden Menschen zu schützen, setzt aber in Wirklichkeit der Unternehmerwillkür letztlich auch nichts entgegen, gibt „bestenfalls“ in Salamitaktik auf Kosten der arbeitenden Menschen nach. So treibt sie der 15%-Strache-Partei, die auf „soziale“ Opposition tut, jene Menschen zu, die sich nicht überhaupt schon angewidert von diesem Wahltheater im Interesse des Kapitals, der Banken und Konzerne abgewendet haben.

## Wer ist rechts?

Die Menschen, die Strache, Stronach oder Haselsteiner gewählt haben sind nicht rechts. Die herrschende Politik bringt sie in solche wirtschaftliche Situationen, dass viele nur im Wählen von Strache & Co. einen Ausweg sehen. Rechte Politik vertreten dann die Spitzen dieser Parteien. Und sie nehmen die, die sie aus Protest gegen z.B. die Politik der SPÖ gewählt haben, in Geißelhaft.

Rechts heißt nicht nur offene Nazi-Politik, Fremdenfeindlichkeit etc. Rechte Politik heißt, die Menschen der Unternehmerwillkür ausliefern und sie so erst für die offenen rechten Schergen anfällig machen. Das führt ohne Gegenwehr – siehe 1930er Jahre – als Ausweg der Kapitalisten aus ihrer Profitkrise zu noch mehr Sozial- und Demokratieabbau, letztlich zu Unterdrückung, Faschismus und Krieg.

So gesehen haben sich nicht nur in Österreich in den letzten Jahren die wirtschaftlichen und politischen Eliten nach rechts entwickelt. Auch die SPÖ-Spitzen haben daran ihren Anteil. Indem sie sich trotz Wahlsiegen – z.B. 2006 und 2008 – vom Neoliberalismus selbst angesteckt (siehe Androsch, Vranitzky, Klima, Gusenbauer, die allesamt als hochdotierte Wirtschaftsmanager tätig sind) den in der Opposition gegeißelte Blau-Schwarz-Orangen sozialen Kahlschlag (Pensionsraub, Privatisierungen, Uni- und Schulchaos samt Studiengebühren usw.) nicht zurückgenommen haben. Ja sie haben der ÖVP ohne Not z.B. bei Studiengebühren, Erbschaftssteuer nachgegeben oder das Finanzministerium überlassen.

Derzeit sind SPÖ-Faymann und SPÖ-Gewerkschaftsspitzen (GPA-djp Katzian) noch gegen eine Koalition mit der FPÖ. Faymann hatte mit diesem Versprechen im Wahlkampf noch größere Verluste verhindern können. Aber schon in der zweiten Reihe der SPÖ, von Partei-, AK- und ÖGB-Funktionären, tut sich eine gefährliche Front auf. Angefangen vom ehemaligen SPÖ-Innenminister Schlögl, über den Salzburger AK-Präsident Pichler oder die ÖGB-Vorsitzenden von Vorarlberg (Loacker) und Steiermark (Schachner) wurde laut über eine Koalition mit der FPÖ nachgedacht, weil es mit der in sozialen Belangen „mehr Schnittmengen“ gäbe als mit der ÖVP.

## Unternehmer-Begehrllichkeiten

Was die wirtschaftlichen Eliten und die von ihnen direkt oder indirekt bezahlten Parteien – mit Stronach und Neos

(Haselsteiner) traten ganz offen Milliardäre an, die sich ihre Parteien kaufen – wollen, das trommelten sie via Medien gleich vom ersten Tag nach der Wahl an. Ob ÖVP, NEOS, Grüne, Strache oder Stronach, alle wollen, dass „Sparen“ und „Reformen“ endlich durchgeführt werden, weil „wir“ uns das angeblich nicht mehr leisten können. Wer „Wir“ ist, wird immer klarer: Nicht wir arbeitende Menschen, sondern die Wirtschaft, die Industriellenvereinigung – sogar mit eigener Werbekampagne – wollen „Reformen“, die ihre Säckel noch mehr füllt. Gespart und reformiert werden müsse bei Pensionen, Gesundheit, Löhnen und Gehältern, den angeblich starren Arbeitszeiten, bei Schule und Bildung. Die gerade geführte Auseinandersetzung um den Metall-KV, wo die Unternehmenseite sich einen Lohnkürzungs- und Flexibilisierungsfreibruf herauschlagen will, ist Beweis für die noch härtere Gangart der Unternehmer auf Beschäftigte und Gewerkschaften. Auch die weitere bzw. volle Privatisierung von ganz oder noch zum Teil im Aktienbesitz des Staates befindlichen Unternehmen wie Bahn, Post, Telekom oder OMV, aber auch der Elektrizitätswirtschaft vom Verbund, den Landesgesellschaften bis hin zu Stadtwerken,

der Bundesimmobiliengesellschaft, der Bundesforste oder der Wasserversorgung, also klassischer Bereiche der Daseinsvorsorge, stehen auf dem Nach-Wahl-Speisezettel der Kapitalisten. Und was sagt die SPÖ dazu, die als gerade noch stärkste Partei der abgegebenen Stimmen mit den Regierungsverhandlungen betraut wurde? Es zeichnet sich ab, dass „Koalition neu“ nur heißt, dass noch mehr



Unternehmerpolitik statt Politik für die arbeitenden Menschen gemacht wird.

Niemand redet mehr von den Milliarden, die zur Rettung der Banken bezahlt wurden und noch bezahlt werden sollen auf Kosten der Arbei-

tenden (Stichwort Hypo Alpe Adria usw.). Niemand redet mehr davon, was die Wirtschaft für Zuckerl in der Krise bekam auf Kosten der Arbeitenden (Stichtwort: Sanierungspakete, Sparpakete, Kurzarbeit, weitere Präkarisierung der Arbeit, Ansteigen der Arbeitslosigkeit, Lohn- und Gehaltsabschlüsse, die die reale Teuerung nicht annähernd abgelten).

### Arbeitnehmerfeindliche Politik hat keine Mehrheit in der Bevölkerung.

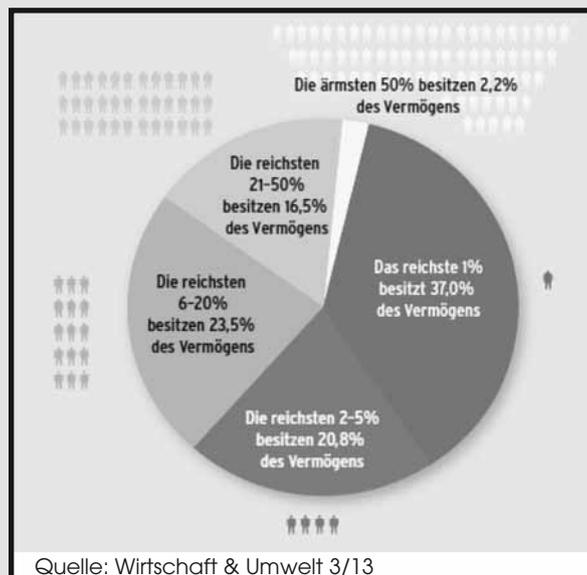
SPÖ und Gewerkschaften müssen dem Druck der Medien und der Wirtschaft nicht nachgeben, z.B. in einer Koalition mit der ÖVP, wenn sie statt dessen eine „Koalition mit den Interessen der arbeitenden Menschen“, der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, eingehen. Das heißt aufklären und mobilisieren, was die Kapitaleseite vor hat. Wer das nicht tut oder sogar die Hoffnung der Regierungsbeteiligung und des Postenerhalts im Schielen nach noch weiter rechts (FPÖ) sucht, treibt den Teufel (ÖVP) mit dem Beelzebub (FPÖ) aus. Wer so handelt, der liefert die Menschen der Unternehmerwillkür und dem Diktat ihrer politischen Handlanger wehrlos aus.

## Vermögenssteuer – geht nicht? Geht doch!

Die Industriellenvereinigung (IV) fährt gerade in den Medien eine Kampagne aus dem Geld ihrer Mitgliedsunternehmen, also aus den Geldern der unselbständig Erwerbstätigen, die in diesen Firmen arbeiten.

In dieser IV-Kampagne „Geht nicht – geht doch!“ wird das Blaue vom Himmel erzählt, vor allem, dass weniger Steuern uns allen nützen würden, dass die Unternehmen weniger „Belastungen“ bräuchten usw. usf. Der Hintergrund dürfte klar sein. Die Industrie tut alles, um eine auch noch so geringe Vermögenssteuer zu verhindern. Bei der Vermögenssteuer heißt es: Geht nicht. Wir sagen aber: Geht doch!

Ein neue Studie der Uni Linz zeigt, dass Vermögen in Österreich noch deutlich ungleicher verteilt ist, als bislang angenommen. Das reichste 1% aller Haushalte besitzt durchschnittlich ein Nettovermögen von 12,7 Millionen Euro. Das ist doppelt soviel als bisher geschätzt wurde. So beträgt das Gesamtvermögen aller österreichischen Haushalte 1.250 Milliarden Euro! Das ist um 250 Milliarden mehr als bisher angenommen! Außerdem konzentriert



sich das Vermögen deutlich stärker auf einige wenige als vermutet wurde. So verfügt das reichste 1% mit 37% des Gesamtvermögens über mehr als ein Drittel des Vermögens aller. Auf die reichsten 10% entfallen 69% des Gesamtvermögens. Die verbleibenden 90% aller Haushalte verfügen daher mit 31% des Gesamtvermögens, gemeinsam nicht einmal über die Hälfte des Vermögens der obersten 10%.

Eine allfällige Millionärssteuer würde nur die reichsten 5% der Haushalte treffen, denn nur diese haben ein Nettovermögen von mehr als 1 Million Euro.

**Und was bringt?** Satte 2,87 Milliarden Euro würde eine Vermögenssteuer mit einer Million Freibetrag und einem Steuersatz von 0,25 bis 0,67 Prozent der öffentlichen Hand bringen, so Wirtschaftsforscher der FU Berlin, der Linzer Kepler-Uni und der Gesellschaft für angewandte Wirtschaftsforschung. Bei einem einheitlichen Steuersatz von 0,5 Prozent und der Einbeziehung von Betriebsvermögen, das im ersten Beispiel exkludiert ist, sogar 3,57 Milliarden Euro. **Geht doch!!**

# Vor 10 Jahren Privatisierung der Voestalpine – und heute?

**Vor 10 Jahren hat die ÖIAG die profitable Voestalpine an die Privaten auf Kosten der Steuerzahler verscherbelt. Jetzt wird schon wieder über weitere Privatisierungen mit Hilfe einer zur Infrastrukturholding „aufgewerteten“ ÖIAG diskutiert.**

Noch im Jahr 2000 umfasste die ÖIAG über 20 Beteiligungen, an denen sie Voll- oder Mehrheitseigentümer war, darunter solche wie Voestalpine, VA Tech, Böhler Uddeholm, Post, Postbus, Telekom, AUA usw. In den Jahren 2000 bis 2006 gab die ÖIAG ihre Anteile an 14 Unternehmen vollständig ab. Heute beschränken sich die ÖIAG-Anteile gerade auf Post (52,9%) Telekom (31,5%) und OMV (28,4%). Außerdem hält die ÖIAG auch 100 Prozent an der Fimbag, der Banken-ÖIAG: Insgesamt geht es (noch) um mehr als 85.000 MitarbeiterInnen und 33 Milliarden Euro Umsatz.

„Die Aufgabe der ÖIAG ist“ laut Geschäftsbericht, „als Eigentümerin von Unternehmensteilen, deren Werterhalt und -steigerung zu sichern.“ (ÖIAG-Geschäftsbericht 2009, Seite 3) Richtig. Jedoch: Weder frühere (z. B. Voestalpine) noch die letzte (AUA), zum Teil bewusst herbei (herab) gemanagte und für die privaten Unternehmen als Käufer billig und für die (aus-)verkauften Unternehmen und den Staat teuer (d.h. unter dem Wert) durchgeführte Privatisierung entsprechen diesem Auftrag der Werterhaltung. So erhielten etwa die neuen privaten und mehrheitlich ausländischen Eigentümer der Voestalpine AG ihre Anteile zum Zeitpunkt des Verkaufs im September 2003 um 400 Millionen Euro unter dem tatsächlichen Unternehmenswert (A&W 11/2003: Voestalpine: Vekauft ist verkauft). Zudem gehen seitdem dem Staat Dividendenzahlungen verloren.

Kein Aufschrei in der Politik. Im Gegenteil, der letzte Ausverkauf, der der AUA an die Lufthansa im Jahr 2009, wurde von der SPÖVP-Koalition abgesegnet. Die AUA wurde an die Lufthansa um 366.000 Euro (!) verschenkt, die Republik Österreich schmiss der Lufthansa noch eine halbe Milliarde Euro in den Rachen.

Die ÖIAG agiert mit Zustimmung der Politik als Vehikel in- und ausländischer Konkurrenten und zum Schaden der in den Beteiligungsunternehmen Beschäftigten und der österreichischen SteuerzahlerInnen. Denn: Den Einmal-einnahmen für den Staat steht der Verlust von Arbeitsplätzen – im ehemaligen Kernbereich der Verstaatlichten sind dies rund 80.000 seit Ende der 1980er Jahre – gegenüber. Am Ende einer Totalprivatisierung befürchtet der ÖGB den Verlust weiterer Zehntausender Arbeitsplätze. Laut Berechnungen der AK führt eine Totalprivatisierung zu einem Verlust an Steuer- und Dividendeneinnahmen des Staates aus seinen Beteiligungen von jährlich rund 250 Millionen Euro.

Doch wie man hört, will die ÖVP in der „Koalition neu“ weiter an der Privatisierungsschraube drehen. Schon eine WIFO-Studie aus 2010 kommt „zufällig“ zu ähnlichen Ergebnissen wie sie die Industriellenvereinigung schon seit einiger Zeit fordert: das Privatisierungspotenzial in Österreich betrüge bei Rückzug von Staat, Land und Gemeinden auf 25% bis zu 25 Milliarden Euro. Diese Rechnung beinhaltet nicht nur die vollkommene Privatisierung der noch ÖIAG-Beteiligungen Post, Telekom und OMV, sondern auch der Elektrizitätswirtschaft vom Verbund, den Landesgesellschaften bis hin zu Stadtwerken, der Bundesimmobiliengesellschaft, der Bundesforste oder der Wasserversorgung, also klassischer Bereiche der Daseinsvorsorge.

Wohin die Privatisierung von Bereichen der Daseinsvorsorge führt, zeigt sich nicht nur in Ländern der Dritten Welt wie z.B. in Südamerika, sondern auch in Großbritannien: dort kam es zu Versorgungsengpässen, Vernachlässigung der Investitionen in die nötige Infrastruktur für Leitungen etc. und zu Kündigungen von finanziell schwachen Kunden.

Mit der ÖIAG hat sich die Politik auch ein Instrument geschaffen, unangenehme Dinge umzusetzen. In ÖIAG, Industriellenvereinigung und ÖVP wird an einer Neuausrichtung der ÖIAG gebastelt. Stichwort „Infrastrukturholding“: sie soll die Bundesimmobiliengesellschaft, den Verbund, die Asfinag und Teile der ÖBB, insbesondere die profitable Rail Cargo, umfassen. Sollen in Zukunft auch ÖBB-Teile leichter und billiger (an die deutsche Konkurrenz?) verscherbelt werden?

Verkehrsministerin Bures sprach noch vor den Wahlen von „strategischen Partnern“ - wer soll das bitte sein? Da wird dann wohl auch nicht vor weiteren Privatisierungen bei OMV, Post oder Telekom halt gemacht werden. Schon wird von einem Carlos Slim, „dem reichsten Mann der Welt“ und seinem Ziel einer „freundlichen Übernahme der Telekom“ gesprochen (Presse. 18.10.13). An der Spitze der Post etwa sitzt Georg Pölzl. Der kommt von der deutschen T-Mobile, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom, die wiederum an der Deutschen Post beteiligt ist.

**Welchen Preis auf Kosten der Allgemeinheit ist die SPÖ bereit der ÖVP und der Industriellenvereinigung zu zahlen, damit sie den Kanzler stellen darf?**



# Metaller-KV



## KV-VERHANDLUNGEN Metallindustrie & Bergbau

Maschinen- & Metallwarenindustrie:

### Kein Ergebnis nach drei Verhandlungsrunden!

Die Arbeitgeber fordern schlechtere Arbeitszeitregelungen:

- Zeitkonto für bis zu 167,4 Mehrarbeitsstunden ohne Zuschläge und ohne zeitliche Begrenzung im KV

Und bieten dafür Kürzung der Realeinkommen:

- 2,0 Prozent Ist-Lohn- und -Gehaltserhöhung, maximal € 70,
- 0,0 Prozent Mindestlohn- und -gehaltserhöhung
- 0,0 Prozent Erhöhung der Zulagen und Aufwandsentschädigungen

Wir verlangen ein gerechtes Angebot  
Mit deiner Unterstützung werden  
wir uns durchsetzen!

**WIR KÄMPFEN FÜR UNSEREN  
KOLLEKTIVVERTRAG**

**PRO-GE**  
GEWERKSCHAFT

**GPA-djp**  
GEWERKSCHAFT

*Streiks finden nicht statt. Neue Löhne ab 1. November: Mindest- und Ist-Löhne bzw. Gehälter für niedrige Einkommensbezieher steigen um 3,2%, für höhere Einkommensbezieher um 2,5%. Im Durchschnitt ergibt dies eine Erhöhung von 2,8%. „Dieser Reallohnzuwachs für alle Beschäftigten ist nur gelungen, weil BetriebsrätInnen und Mitglieder den Druck auf die Arbeitgeber deutlich erhöht haben“, so PRO-GE und GPA-djp.*

Tatsächlich ist die reale Inflation höher. Auch ist es nicht gelungen, die Arbeitszeitflexibilisierung vom Tisch zu bekommen. Im Gegenteil: Es soll ein „Neustart beim Thema Arbeitszeitverteilung“ stattfinden. Neue Regelungen sollen schon bis Juni 2014 vorliegen.

**So wollen sich die Unternehmer auf Dauer ein x-faches der jetzigen Erhöhung auf Kosten der Beschäftigten holen. Vielleicht wäre Streik doch angebracht gewesen!**

## Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum** von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

### Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

115/13

Einsenden an:  
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,  
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

### Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:  
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur  
Unterstützung der arbeitenden Menschen"  
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

### Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift  
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-  
reichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstüt-  
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070  
Wien.

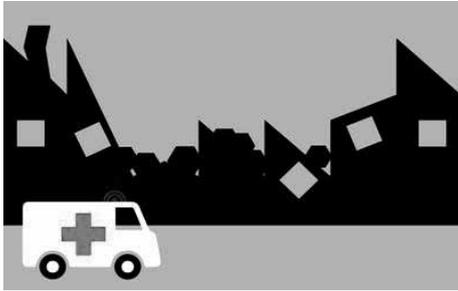
Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift  
ist die des obgenannten Vereins.

# Bangladesh:

## Schuffen und sterben für die Konzerne

Hungerlöhne und tödliche Arbeitsbedingungen für die Profite der Bekleidungsindustrie sind in Bangladesh an der Tagesordnung. Jetzt müssen die Konzerne reagieren, denn Aufruhr unter Bangladeshs ArbeiterInnen macht sich breit und ist nicht gut fürs Image, also für deren Geschäft!



Bangladesh ist eines der ärmsten Länder der Welt und es wird weiterhin ärmer! 1990 haben laut der UN-Behörde Welternährungsprogramm (WFP) 47 Millionen Menschen im Land Hunger gelitten, 2010 waren es laut dieser Behörde schon mindestens 65 Millionen Personen. (Bevölkerung ca. 155 Millionen) Bangladesh ist der zweitgrößte Textilhersteller der Welt. Die 4.500 Fabriken produzieren 80 Prozent aller Exporte des Landes und beschäftigen ca. zwischen drei und vier Millionen Menschen, die auf jede Arbeit für ihre Existenz angewiesen sind.

Der Umsatz in der Textilindustrie betrug 2012 ca. 13 Milliarden Euro. Für 2013 werden schon über 20 Milliarden Euro Umsatz erwartet. Die Exporte der Textilindustrie boomen! In Bangladesh wird für nahezu alle großen westlichen Modekonzerne und zahlreiche Kaufhausketten produziert. Die Liste der europäischen Konzerne liest sich wie das „Who is Who“ der Textilbranche. H&M, C&A, Benetton, ZARA, Mango, Adler, Lidl, NKD, GAP usw.. Die EU führt im Jahr um 9 Milliarden Euro Textilien aus Bangladesh ein. Während die Fabrikherren in Bangladesh reich werden und die westlichen Textilkonzerne noch reicher, geht das Volk im Land „vor die Hunde“. Die meisten Menschen, die überhaupt einen Job haben, fristen wie Arbeitssklaven ein elendes Dasein. Die Textilindustrie beschäftigt vor allem Frauen. Der durchschnittliche monatliche Mindestlohn liegt zwischen **19 bis 28 Euro im Monat!!** Jetzt wird von einer Erhöhung auf ca. 40 bis 50 Euro gesprochen, die Gewerkschaft verlangt 70.- Euro. Ein Großteil der Beschäftigten muss für das geringe Einkommen nicht selten

zwischen 10 bis 16 Stunden schuffen. Die ArbeiterInnen arbeiten nicht nur für einen Hungerlohn. Die Lohndrückerei durch die westlichen Konzerne verbunden mit den Sparen der lokalen Fabrikherren um des Höchst-Profites willen ruiniert nicht nur seit Jahren die Gesundheit der Arbeiter sondern führt zu lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen. Buchstäblich kostet diese Produktion in Bangladesh immer wieder das Leben der ArbeiterInnen. Ihr Leben zählt nichts! Seit 2005 sind allein durch Brände in Fabriken der Bekleidungsindustrie mehr als 700 Beschäftigte getötet worden. Es gibt u.a. keinerlei Brandschutzprogramme.



### WIDERSTAND

Seit mehreren Jahren nimmt der Widerstand der Menschen in der Textilindustrie zu. Die Fabrikherren und die Regierung hatten dies versucht tot zu schweigen und mit Gewalt zu unterdrücken. Doch nach einer Serie schwerer Unfälle mit vielen Toten starben dann im April dieses Jahres außerhalb der Hauptstadt Dhaka durch Einsturz eines Fabrikgebäudes 1.130 Arbeiter, 2.500 wurden schwer verletzt. Die Fabrik war schlecht gebaut und stand auf Sumpfgebiet. Ein Gericht hatte schon vor 2 Jahren den Abriss des Gebäudes verfügt, der nie passierte. Das Geschäft dominiert auch in Bangladesh die Politik: Von den 300 Parlamentariern sind ca. 60% mit der Industrie oder anderem Business verbunden. Nach diesem ungeheuren Verbrechen mit 1.130 Toten war die Empörung und der Widerstand der Betroffenen im Land nicht mehr zu stoppen. Bis zu 200.000 Tex-

tilarbeiterInnen protestierten für eine höheren Mindestlohn und bessere Arbeitsbedingungen, seit Monaten gibt es Streiks, hunderte Fabriken wurden geschlossen, die Menschen lassen sich auch von den Behörden nicht mehr einschüchtern.

### KONZERNE MÜSSEN REAGIEREN

Dieser Druck im Land und dann auch weltweit war so groß, dass westliche Bekleidungskonzerne einerseits selbst die lokalen Fabrikherren und Behörden kritisierten. Welch ein Hohn. Sie wissen um all die Arbeitsbedingungen in diesen Fabriken und sie diktieren was dort geschieht. Ein Teil dieser Konzerne sah sich nun veranlasst, ein Abkommen über Brandschutz und Gebäudesicherheit in Bangladesh zu unterzeichnen, das auf Betreiben lokaler u. internationaler Gewerkschaften ausgearbeitet wurde. Gut. Denn die Nachrichten, dass für ein T-Shirt von H&M, Mango usw. in Bangladesh eine Näherin durch Verbrennung, Zerquetschung oder Verschütten zu Tode kommt, verbreiteten sich auch in Europa und das ist schlecht fürs Geschäft der Konzerne!

### PROFIT ODER LEBEN

H&M hatte z.B. 2012 14,6 Milliarden Euro Umsatz und 1,79 Milliarden Euro Gewinn erzielt. Bei Löhnen von 20 bis 30 Euro pro Monat kostet dem Konzern der Lohnanteil bei einem T-Shirt von 5 Euro im Schnitt gerade einmal 2,6 Prozent des Verkaufspreises, das sind ca. 13 cent! (Recherchen der Clean Clothes Campaign). Das ist ein Riesen-Geschäft! Freiwillig werden die Konzerne darauf nie verzichten. Nur der Druck der Menschen kann hier was bewirken.

Genauso wie bei den Milliarden, die die Konzerne zum Steuersparen auf der ganzen Welt verschieben, genauso wie bei den Milliarden, die die Banken vom Staat (d.h. von uns) erhalten, um weiter zu spekulieren, nur der Druck von unten kann das verändern.

# Die Lüge von der Pensionslücke?

**Mit 1.1.2014 kommen Verschärfungen bei der Früh- und bei der Invaliditätspension. Bis 2017 bringt das dem Budget auf Kosten der Menschen 2,6 Milliarden Euro (Presse 22.10.13). Trotzdem - die neue Regierung steht noch nicht - wird schon wieder von der nächsten „Pensionsreform“ geredet, davon, dass wir jedes Jahr um 2 Monate länger arbeiten, schließlich erst mit 72 Jahren in Pension gehen sollen**

Immer wieder hören wir von Seiten der Herrschenden: *„Die Leute werden immer älter, aber das Pensionsantrittsalter steigt nicht entsprechend an. Daher gibt es immer mehr Pensionisten und relativ dazu immer weniger Erwerbstätige. Kam früher ein Pensionist auf zwei Arbeitende, ist es bald schon umgekehrt. Das ist unverantwortlich gegenüber der Zukunft“* Und so folgt Pensionsreform auf Pensionsreform. Wie überall ist auch hier das Wort *„Reform“* alleine schon eine gefährliche Drohung und tatsächlich dreht es sich immer nur um Erhöhung des (rechtlichen und faktischen) Pensionsantrittsalters, Senkung der Pensionen und Erhöhung der Pensionsversicherungsbeiträge sowie deren weitere Umverteilung von den Kapitalisten auf die Arbeiter/innen. Außerdem soll so die Sozialversicherung ausgehöhlt werden, damit die *„Privatvorsorge“* weitere Profite für die Versicherungskonzerne bringt.

Wenn der Staat das Pensionsalter immer weiter erhöht, aber die Chancen der betreffenden Menschen auf einen Job gleich Null sind, schaufelt man nur Menschenmaterial aus der Pensions- in die Arbeitslosenversicherung. *„Rechte Tasche, linke Tasche“* könnte man sagen, aber das stimmt nicht ganz, denn die Arbeitslosen und anschließend Sozialhilfeempfänger bzw. neuerdings *„Mindestgesicherten“* kann man leichter noch weiter hinunterdrücken, auch in Richtung einer Art faktischen Zwangsarbeit (wie es sie in Deutschland schon massenhaft gibt), während man den Pensionist/innen *„nur“* die Pension kürzen kann. Außerdem gehören die Pension ist/innen überwiegend schon nicht mehr zur *„industriellen Reservearmee“*, sind nur mehr mit Einschränkungen zu gebrauchen, während man die Arbeitslosen gut gebrauchen kann, insbesondere auch, um Druck auf die, die noch Arbeit zu haben, zu erzeugen.

**Wieviele Pensionist/innen kann eigentlich unsere Gesellschaft *„verkräften“*?**

Dazu müssen wir uns nicht das Verhältnis von Erwerbstätigen und Pensionisten anschauen, sondern: Auf wie viele Menschen, die arbeiten, entfallen wie viele Menschen, die nicht arbeiten (und das sind nicht nur Pension ist/innen, sondern auch Kinder und Jugendliche, Arbeitslose und Kranke und alle anderen, die in keinem Arbeitsverhältnis stehen).

	Erwerbsquote allgemein	Erwerbsquote 15-64 Jahre
1971	41,80%	66,80%
1981	45,20%	69,10%
1991	47,30%	69,70%
2001	48,20%	73,00%
2011	51,40%	75,30%

Dies ist die *„allgemeine Erwerbsquote“*, d.i. die Quote zwischen den Erwerbstätigen und der gesamten Wohnbevölkerung.

**Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass die Erwerbsquote nicht nur nicht sinkt, sondern seit Jahrzehnten kontinuierlich ansteigt**, und das kräftig, immerhin von 41,80% im Jahr 1971 auf heute 51,40%, das ist fast um ein Viertel, bzw. von 66,8% auf 75,3%. Die Propaganda von der *„demographischen Lücke“* ist ein reines Hirngespinnst. Werfen wir noch einen Blick auf die absoluten Zahlen. Die Zahl der Erwerbstätigen lag 1971 bei 3,133 Millionen, aber 2011 bei 4,323 Millionen. Das sind um 1,2 Millionen Arbeitende mehr. Im selben Zeitraum stieg die Bevölkerung insgesamt nur um 0,9 Millionen. 1,2 Millionen mehr Arbeitende müssen also 0,3 Millionen weniger Nichtarbeitende *„aushalten“*. Deshalb steigt ja die Erwerbsquote. Außerdem hängt die Frage, ob so etwas zu *„verkräften“* ist nicht von diesen Quoten ab, sondern von der Produktivität der Arbeitenden. 1960 lag das Bruttoinlandsprodukt Österreichs pro Kopf bei 8.700 €, während es 2011 bei 32.200 € lag (das sind *„reale“* Zahlen, also die Inflation in diesem Zeitraum ist herausgerechnet). Das ergibt einen Anstieg auf 370%, also fast auf das Vierfache.

**Die Wahrheit ist: Erstens arbeiten nicht relativ immer weniger, sondern relativ und absolut immer mehr Menschen, um auch den Rest der Gesellschaft *„auszuhalten“*, und zweitens arbeiten diese auch immer produktiver, und zwar viel produktiver. Die Erwerbsquote ist seit 1960 um ein Viertel gestiegen und die Produktivität auf fast das Vierfache. All dies entlarvt die Verlogenheit der Zweckpropaganda über die *„Pensionslücke“*.**

Selbstverständlich könnte die *„Sicherung der Pensionen auch für die Zukunft“* leicht bewerkstelligt werden, selbst bei Fortbestand des kapitalistischen Systems. Das bisschen *„Pensionslücke“* hat wahrlich eine lächerliche Größenordnung im Vergleich zum Profit des Kapitals oder auch nur zu den direkten und indirekten Subventionen ans Kapital.

Ohne energischen Kampf wird diese *„Pensionslücke“* zu unseren Lasten geschlossen. Das muss nicht so sein. Im Gefolge großer politischer Krisen und Klassenkämpfe, wenn die herrschenden Eliten in Wirtschaft und Politik Angst hatten, die Macht zu verlieren und zu gewissen (zeitweiligen!) Zugeständnissen bereit war, hat es immer wieder sozialreformerische Schübe gegeben. Danach schaut es allerdings in Österreich derzeit nicht aus. Trotzdem ist hier und heute der Abwehrkampf gegen immer weitere Kapitaloffensiven nötig und möglich.

Die eigentlichen Nichtarbeitenden, die von der Masse der Bevölkerung *„ausgehalten“* werden, sind weder die Pension ist/innen noch die Kinder und Jugendlichen, sondern die wirtschaftlichen und politischen Eliten. In Wirklichkeit muss dort der Hebel angesetzt werden. Schon jetzt wäre eine Vermögenssteuer (siehe an anderer Stelle dieser Zeitung) möglich, oder eine Wertschöpfungsabgabe mit denen alle bewusst herbeigeführten Finanzierungsprobleme von Bildung über

Gesundheit und Pensionen behoben wären.

Durch Rationalisierungen, Teilzeitjobs, Kürzungen von Löhnen und Gehältern, Arbeitslosigkeit sinken die Einkommen und damit die Sozialversicherungs-Einnahmen. Eine Humanisierung würde sich lohnen.

Nach einer Studie der Wirtschaftsuniversität Wien zur Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens gäbe es ein geschätztes Potenzial für eine Wertschöpfungsgrundlage von 173 bis 198 Milliarden Euro. Allein eine Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage brächte über eine Milliarde Euro im Jahr (Zechmeister, 2004).

Warum aber wird dieser Weg nicht beschriftet? Weil nicht sein darf,

was sein kann: Es gäbe dann nämlich kein „Pensionsfinanzierungsproblem“ und keinen Grund mehr für Privatanbieter, sich als Ausweg aus der „Pensionslücke“ anpreisen zu können. Letztlich aber verlangt das auf Dauer eine Umwälzung der bestehenden Gesellschaft zugunsten der Masse der arbeitenden Menschen. Tatsache ist, dass bei der heutigen Arbeitsproduktivität, ohne Kapitalismus mit seiner Profitmaximierung, mit seiner unfassbaren Verschwendung an Ressourcen, insbesondere auch der Ressourcen an Arbeitskraft, seinen ökonomischen Fehlentwicklungen, seinen unproduktiven und schmarotzerischen „Erwerbszweigen“, seiner „Wegwerfgesellschaft“, seinen Krisen, seiner Staatsbürokratie, seinem Geld- und Spekulationskapital, seiner Aufrüstung nach innen und außen

und seinen Kriegen die materielle Reproduktion der Gesellschaft spielend in einem Bruchteil der Zeit des heutigen Arbeitslebens sicherzustellen wäre.

Man braucht sich nur einmal überlegen, wie viele Menschen heute dazu gezwungen sind, einen – gesellschaftlich gesehen – Blödsinn zu machen, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen, was alles an Absurdem produziert wird usw., von der Vernichtung an Produkten und Produktionsmitteln, mit und ohne Krisen und Kriege, ganz zu schweigen. Das ganze Thema der „Pensionslücke“ gibt es dann gar nicht mehr, weil die Mittel der Gesellschaft spielend ausreichen.

*(Infos und Passagen z.T. aus Flugblatt von IA.RKP)*

## Neue Regierung - neue Schule?

**Wenn in der Bildung nichts weitergeht - wer ist Schuld: Die Lehrer. Na klar. Gesamtschule ist seit 40 Jahren der Dauerbrenner, gekommen ist sie nicht. Jetzt soll alles neu werden. Wie? Durch „Schulautonomie“, also durch eine Quasi-Privatisierung der Schulen von Staats wegen.**

Und das soll so gehen und macht vor allem ÖVP-Politiker glücklich. Gesamtschule soll es demnach nur geben, wenn eine Schule keine

Schwerpunktschule ist – also allen Ausnahmen Tür und Tor geöffnet. Das „Lehrerproblem“ soll dadurch gelöst werden, dass die Lehrer künftig weder beim Bund, noch beim Land, sondern eben bei der Schule selbst angestellt sind. Sie werden zu Privatangestellten. Der Schuldirektor wird zum Personalchef. Die Direktoren werden sich die „besten“ Lehrer holen, um die Schüler „kämpfen“, freut sich der Wiener VP-Politiker Juracka über diesen „Wettkampf der Schulstandorte“ (Presse, 12.10.13).

Liebe Eltern: Das wird richtig fein, wenn die Schulqualität überall anders ist und man dann auch noch darum kämpfen muss und vielleicht dann die Kinder kilometerweit in Schulen bringen wird müssen. Wer keine Zeit und kein Geld hat, der muss dann mit dem Rest Vorlieb nehmen. Brauchen wir Bildung. Wir schon. Die Herrschenden aber wollen nur ihre Eliten heranzüchten. Wenn das der „Kompromiss“ für die „Gesamtschule“ sein soll, na dann gute Nacht!

### LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Demokratie- und Sozialabbau, Militarisierung und Krieg. Danke! Wir finanzieren unsere ehrenamtliche Tätigkeit ausschließlich aus Einzahlungen unserer AktivistInnen und LeserInnen. Das garantiert unsere Unabhängigkeit. Nur gemeinsam schaffen wir eine bessere Zukunft

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt  
Abs. Österr. Solidaritätskomitee. Stiftgasse 8, 1070 Wien

### Spenden-Einzahlungen

**Dieser Ausgabe ist wieder ein Zahlschein beigelegt.**

Oder Sie zahlen per Überweisung eine Spende auf unser Konto wie folgt ein:

**EmpfängerIn:** W. Leisch,  
**Verwendungszweck:** ÖSK, Spende,  
**Konto-Nr.:** 00079-348-267  
**BLZ:** 60000  
oder:  
**BIC:** OPSKATWW,  
**IBAN:** AT986000000079348267

Danke!

Mit solidarischen Grüßen, Österr. Solidaritätskomitee  
[oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) <http://proSV.akis.at>